

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Einzelzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 10. September 1932

36. Jahrgang

Nummer 37

Die Tragödie der deutschen Arbeiterschaft

Drohend erhebt in Deutschland die Reaktion ihr Haupt, mit Riesenschritten eilen wir einem Zustand entgegen, der für die Arbeiterschaft unerträglich wird. Alles, was an Rechten der Arbeiterschaft durch die Verfassung verbürgt ist, droht verlorenzugehen, und die brutale Faust der Ausbeuter wartet im Hintergrunde auf den entscheidenden Schlag, den es gegen die Arbeiter führen will. Es besteht für die Arbeiterschaft höchste Gefahr. Not und Elend schreit und schleicht durch die Gassen, auf den Landstraßen liegen ganze Familien, ohne Hab und Gut, ohne Heimat und Wohnung, verbittert und vergrämt, Jörn und Wut im Leibe. Die Hoffnungen sind geschwunden, denn von der Adelsregierung ist nichts zu erwarten, sie hat alle Hände voll zu tun, um die jahrelang systematisch ausgeübten braunen Banden zu händigen und die Ansprüche der Junker und Unternehmer zufriedenzustellen. Allein ist wieder die Arbeiterschaft auf sich angewiesen, allein muß sie gegen die geeinte Reaktion ankämpfen, selbst muß sie wissen, was sie will.

Die Zeit erfordert Klarheit und Einsicht. Für Millionen sind die Gewerkschaften das Bollwerk, an dem der Faschismus zerschellen wird. Dieses Bollwerk zu festigen, ist jetzt unsere vornehmste Pflicht. Es hilft kein Klagen und Jammern über Vergangenes, über Fehler und falsche Entschlüsse, jetzt ist Einigkeit notwendig, das Zusammenfinden der Arbeiterschaft in einer Kampfeslinie das Gebot der Stunde. Soll die Reaktion auf der ganzen Linie siegen? Soll der feudale Junker und der brutale Kapitalist für alle Zeiten regieren? Nein, wir wollen es nicht! Nein, wir dulden es nicht! Wir sind keine Kulis, wir sind keine Sklaven. Nein, wir sind freie Menschen, wir haben freie Gedanken, wir haben einen freien Willen, wir wollen leben, so wie es sich in einem Kulturland gehört. Wir schaffen die Werte, wir schaffen die Güter, wir wollen den uns gebührenden Anteil daran.

Einkehr tut not! Welcher Parteirichtung wir auch angehören, seien wir uns klar darüber: was jetzt ist, konnte nur werden, weil die Arbeiterschaft sich selbst zerfleischt. Die Reaktion hat davon den Nutzen. Mit größter Gelassenheit kann sie jetzt, wo sie im Sattel sitzt, der allerdings eine sehr wacklige Grundlage hat, sagen: „Was wir erreicht haben, haben wir dank der Uneinigkeit der Arbeiter erreicht.“ Und es ist so! Wir haben uns um Prinzipien, um Generalrichtlinien, um Rechts- und Linksabweichungen gestritten, bis sie, die Reaktion, den politischen Machtapparat wieder in der Hand hat. Bei uns wurde nach „Arbeiterverrat“, nach „Sozialfaschisten“, nach „Konterrevolutionären“ solange geschmiffelt, und weil keine da waren und sind, wurden welche dazu gestempelt, bis die Reaktion gesiegt hat. Leichter konnten es die Unternehmer nicht haben.

Es ist hier nicht der Ort, politische Streitfragen aufzuwerfen. Was wir wollen, ist die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Es muß aber ausgesprochen werden, daß es so nicht weitergehen kann, wie die KPD und KGD es nach der

letzten Reichstagswahl treiben. Offenbar hat der Stimmenzuwachs der KPD den Führern den Kopf verdreht. Sie haben eine wüste Hege gegen die Gewerkschaften entfesselt, bei der man vergeblich nach einem Punkte sucht, der durch die Ereignisse gerechtfertigt wäre. Leipart soll mit Schleicher Verhandlungen geführt und sich mit dem Adelskabinett einverstanden erklärt haben, erzählt die „Rote Fahne“ ihren Lesern. Beim Arbeitsminister sollen Gewerkschaftsführer gewesen sein und ihr Einverständnis mit der Beseitigung des Tarifrechts ausgesprochen haben. Weiter wird der Versuch gemacht, die Gewerkschaften zu verächtigen, daß sie „Fäden zu den Nazis“ gesponnen hätten. Die Unverschämtheit wird durch den Satz erklimmen: „Die Gewerkschaftsinstanzen sind aus Klassenkampfororganisationen zu Streikbrecherzentralen geworden.“

Warum arbeiten die Kommunisten mit solch offensichtlichem Schwindel? Warum nur? Damit die nationalsozialistische Presse es nachdruckt und es zum Kampfe gegen die Gewerkschaften ausmünzt! Ist es Absicht der Kommunisten, den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung Waffen gegen die Berufsvertretung der Arbeiter zu liefern? Sollen sich die Arbeiter noch mehr zum Vorteil der Reaktion zerfleischen? Auch der gläubigste Kommunist sollte wissen, daß die Reaktion die Zertrümmerung der Gewerkschaften herbeiführt. Wollen die Kommunisten der Reaktion zu diesem Triumph verhelfen? Wissen sie nicht, daß dann der Arbeiterschaft der letzte Halt genommen ist? Die Reaktion ist brutal und offen. Sie deckt jetzt ihre Karten auf. Die in Berlin erscheinende „Berliner Börsen-Zeitung“, früher Propagandaorgan für den Nationalsozialismus, jetzt Regierungsorgan, führt seit Wochen gegen die „wirtschaftszerstörenden Gewerkschaften“ einen struppelosen Kampf und bedient sich dabei des Materials, das die Kommunisten liefern. Sehen die Kommunisten das nicht?

Einkehr ist notwendig. So darf es nicht weitergehen. Die Kommunisten nehmen die Abhebung der Preußenregierung am 20. Juli zum Vorwand ihrer Hege gegen die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften hätten, so sagen sie, streiken müssen. Schön. Aber waren es nicht die Kommunisten im Preußischen Landtag, die wenige Tage vorher einen Rücktrittsantrag gegen die Preußenregierung brachten, der mit Hilfe der Nazis und Deutschnationalen angenommen wurde? Ist den Führern der KPD und KGD nicht bekannt, daß dieser von den Kommunisten gestellte Mißtrauensantrag von der gesamten Reaktion gegen die Preußenregierung ausgenützt wurde? Haben sich die Kommunisten nicht an dem Volksentscheid gegen die Preußenregierung beteiligt? Zusammen mit den Nazis, dem Stahlhelm, den Deutschnationalen, zusammen mit der gesamten preußischen Baronei? Und als die Preußenregierung fiel, deren Sturz die Kommunisten selbst vorbereitet haben, deren Beseitigung sie jeden Tag forderten, da verlangten sie von den Gewerkschaften den — Generaltreik. Welcher Widersinn, um nicht zu sagen: welche Dummheit! Die Kommunisten helfen eine

Regierung stürzen, und verlangen einen Generaltreik, wenn sie fällt. Und warum streiken? Die gestürzte Regierung soll wieder eingesetzt werden. Welchen Sinn hat eine solche Politik? Welche Taktik liegt ihr zugrunde? Man kommt hier um die Feststellung nicht herum, daß die Führer der KPD und KGD absichtlich solche Katastrophen mit herbeiführen helfen. Politischer Haß macht blind, aber diese Blindheit wirkt sich zum Schaden derjenigen Volksschichten aus, die die Kommunisten vertreten wollen.

Die Gewerkschaften können solche Katastrophen politisch nicht mitmachen. Damit soll man sie verschonen. Sie können nicht die Arbeiter ins Unglück stürzen. Mit Recht würde man sie nachher anklagen, daß sie kurzfristig gewesen wären. Und soweit wir die KPD und KGD kennen, wären sie hinterher die lautesten Ankläger. Wenn es ernst mit dem Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus ist, der muß alles vermeiden, was die Einheit der Gewerkschaften stören kann. Das Schimpfen auf die Führer fördert den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht. Hier tut Einkehr not. Man muß dies mit größter Deutlichkeit aussprechen. Wer heute noch glaubt, mit Fehlerriederei sich beschäftigen zu sollen, der hat die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden. Der Sieg des Proletariats über den Kapitalismus wird nicht in endlosen Debatten über Grundsätze und Abweichungen entschieden. Man muß auf dem Kampfplatz erscheinen, sich dem Gegner stellen, gegen ihn operieren, taktisch sich auf ihn einstellen. Wie im Gefecht wechselt die Taktik nach den Maßnahmen des Gegners. In Zeiten ruhiger Entwicklung kann man an die Vertiefung der Grundsätze gehen, jetzt stehen taktische Fragen im Vordergrund.

Das Barometer steht auf Sturm! Wir wissen nicht, was uns die kommenden Wochen und Monate bringen werden. Alles spricht dafür, daß jetzt die Reaktion den Hauptschlag gegen die Arbeiter und deren Einrichtungen führen will. Jahrelang wurde von den Kommunisten behauptet, es könne nicht schlechter werden. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß es noch viel schlechter werden kann. Wir wollen nicht an die Zeiten der Regierung Müller-Severing erinnern, jeder weiß selbst, daß die Löhne und Unterstützungssätze damals bedeutend höher waren. Durch den Sturz der Regierung und durch die Beseitigung der Preußenregierung hat die Arbeiterschaft starke Positionen verloren. Wenn jetzt gefragt wird, warum diese Positionen nicht gehalten wurden, so sei darauf hingewiesen, daß aus den Reihen der zersplitterten Arbeiterschaft selbst auf den Sturz dieser Regierung hingearbeitet wurde. Hinter einer Regierung muß eine in sich geschlossene Masse stehen, sonst kann sie sich nicht auf die Dauer halten. Kommunisten und Sozialdemokraten sind ebenso stark als die faschistische Partei, gehen sie gemeinsam vor, wird der Bruderkampf eingestellt, kann uns um die Zukunft der Arbeiterbewegung nicht bange sein. Die Gewerkschaften dürfen nicht unterhört werden. En.

Beseitigung des Tarifrechts

Die Bundesvorstände des ADGB und des Afa-Bundes haben am 29. August an den Reichspräsidenten v. Hindenburg nach Neubred folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Erklärungen des Reichskanzlers in Münster über Absichten der Reichsregierung bedeuten tatsächliche Beseitigung des verfassungsmäßig garantierten Tarifrechts, einseitige Vereinerlichung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Gewerkschaften appellieren an Herrn Reichspräsidenten, solcher beispiellos unsozialer Politik die Zustimmung zu versagen und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen.“

Am 28. August hat Reichskanzler v. Papen in der Versammlung des Westfälischen Bauernbundes in Münster sein Programm zur Behebung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit vorgelesen: „Schon die Stelle also, wo dies geschah, klärt eindeutig die Entwicklung, wie sie die Papen-Regierung gestalten will. Reichskanzler v. Papen ist altes Mitglied des Westfälischen Bauernvereins. Er ist also auch ein Bauer, und es ist nur ein sprachlicher Unterschied, daß man diese Bauern in Ostpreußen und in Pommern Agrarier und Großagrarier nennt. Papen sagte: „Ich bekenne mich zu dem Glauben an ewige Rechtsnormen, aus denen auch der altpreussische Grundsatz geformt ist: Jedem das Seine! — Aus dieser Ueberzeugung heraus lehnt die Reichsregierung infolgedessen alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab.“

Es sollen folgende Maßnahmen getroffen werden: Die Unternehmer bekommen die Umsatzsteuer, die Realsteuern, die Gewerbesteuern und die Beförderungsteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 in der Form erlassen, daß sie für die in dieser Zeit fälligen und zu zahlenden Steuerbeträge in Höhe der geleisteten Zahlungen Steueranrechnungscheine erhalten, „auf die in den Rechnungsjahren 1934/1935 alle Reichsteuern einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuern bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1500 Millionen Reichsmark handeln. Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Herannahende und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge für den aufgestauten Erhaltung-

bedarf sein. — — — Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen Reichsmark in Steueranrechnungscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueingestellten soll aufs Jahr gerechnet ein Betrag von 400 Reichsmark in Scheinen gegeben werden. — — — Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte eingestellt hat, den Tariflohn in einem gewissen, genau umgrenzten Umfange, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterzahl ist. Der Lohn wird aber nicht im gleichen Ausmaße ermäßigt werden dürfen wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich „logar“ (!!!) noch erhöht. Die Reichsregierung beabsichtigt, das „Tarifrecht und das Schlichtungsweisen in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten.“

Es folgen dann nach dem Pressebericht weitere Ausführungen, nach denen man auch bestimmen will, daß trotz vorhandener Tarifverträge während deren Laufdauer für sogenannte notwendige Betriebe unter Einhaltung eines bestimmten Verfahrens Abstriche vom Tariflohn zulässig sein sollen.

Es erhalten also die Unternehmer in erster Linie ein Steuerertrag in Höhe von 1500 Millionen Reichsmark, in zweiter Linie für jeden mehr eingestellten Arbeiter ein Geschenk von 400 Reichsmark, in dritter Linie dürfen sie den Lohn der mehr eingestellten Arbeiter in der Hauptsache von dem Lohn der bisherigen Belegschaft in Abzug bringen.

Wenn also ein Unternehmer selbst vom Staat einen Auftrag erhält, und wenn er selbst ohne eigene Zutun einen Auftrag bekommt und natürlich aus diesem Grunde Arbeiter einstellen muß, dann bekommt er dafür neben dem allgemeinen Steuerertrag nicht nur für jeden Arbeiter ein weiteres Geschenk von 400 Reichsmark, sondern er braucht von dem Lohn dieser Arbeiter auch nur einen geringen Teil selbst zu bezahlen, den Hauptteil des Lohnes kann er aus dem Lohn der übrigen Belegschaftsangehörigen bezahlen.

Zu dem Profit also, den jeder Unternehmer bei Ausführung jedes Auftrages hat, bekommt er als weiteren Profit das Geschenk

von 400 RM. pro Kopf der mehr eingestellten Arbeiter und den Hauptteil der Lohnsumme für die mehringestellten Arbeiter.

Irgendwelche Verpflichtungen braucht der Unternehmer nicht einzugehen. Irgendwelche Vorschriften über die Preisgestaltung bekommt er nicht. Der Unternehmer kann sich Luxusautos kaufen, er kann sich Luxusvillen bauen, er kann irgendwie „aufgestauten Erhaltungsbedarf“ befriedigen und „dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte in den Arbeitsprozeß einzuführen“; aus seinem eigenen Vermögen und aus seinen eigenen Mitteln braucht er das alles nicht zu tun. Er kann diese ganzen Luxusausgaben aus den Steuererträgen, dem Arbeiterkopfgeschenk und der Lohnsenkung, bezahlen.

Man hätte das alles viel einfacher machen können. Man hätte die deutschen Arbeiter unmittelbar zwingen können, einen bestimmten Teil ihres Verdienstes an den Reichsausfluß der Deutschen Industrie zur Verteilung an die einzelnen deutschen Unternehmer abzuführen. Dann wäre die Sache für jeden eindeutig und klar verständlich gewesen. Aber auch so, wie man es machen will, ist mit Hilfe einiger weniger zusätzlicher Erklärungen die einheitliche Klarheit dieser Maßnahmen gegeben.

Tarif- und Schlichtungsrecht sollen in der Hauptsache aufrechterhalten bleiben, aber doch nur dadurch, daß man den Sinn dieser Institutionen des kollektiven Arbeitsrechts vollkommen aushebt. Es mag ein erstrebenswertes Ziel sein, an dem Inhalt der vorhandenen Lehrbücher des Arbeitsrechts dadurch wenig zu ändern, daß die „Rechtsgrundsätze“ erhalten bleiben. Aber daran haben doch in der Hauptsache nur die Herausgeber dieser Lehrbücher und die Wissenschaft allenfalls ein Interesse. Die Arbeiterklasse muß, wie sie das bisher schon getan hat, demgegenüber nunmehr erneut erklären, daß ihr an der Erhaltung abstrakter Rechtsgrundsätze überhaupt nichts liegt, wenn es einen materiellen Inhalt, den diese Rechtsgrundsätze sichern sollen, nicht mehr gibt.

In einem Aufsatz: „Forderung des Tarifvertrages“ hat die Gewerkschaftszeitung, Nr. 35, S. 547, nicht nur als Meinung der Gewerkschaften, sondern aller maßgebenden wissenschaftlichen Arbeitsrechtler festgestellt, daß die Unabdingbarkeit der Tarifverträge verfassungsmäßig gewährleistet ist und zwar unter Ausschluß des Rechts des Reichspräsidenten, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung in den Unabdingbarkeitsgrundlagen einzugreifen. Wenn die gegenwärtige Reichsregierung die in dem Vortrag des Reichskanzlers v. Papen erklärten Absichten durchzuführen wird, dann ist der Nachweis, daß das kein Verfassungsbruch wäre, nicht einmal mehr ein Spiel mit Worten.

Wir wollen weder Jahrtausende noch Jahrhunderte zurückgreifen, sondern nur 60 Jahre bis zur Gründung des Deutschen Reichs. Aber seit dieser Zeit hat es noch keine Regierung und noch kein Regierungsprogramm gegeben, das so hundertprozentig einseitig alle Vorteile den Unternehmern zugebilligt und alle Nachteile den Arbeitern auferlegt hat. Man kann mit Hilfe der Reichswehr, der Schutzpolizei und anderer Machtmittel die „Ruhe und Ordnung“ in Deutschland nach außen sichern. Aber niemals wird man mit irgendwelchen Machtmitteln erreichen können, daß die 20 Millionen deutschen Arbeiter und ihre Angehörigen, also die Mehrheit des deutschen Volkes, sich innerlich mit derartigen Maßnahmen abfinden. Wir sind glücklich wieder in der Zeit der Inquisition angelangt und können mit Don Carlos verlangen: Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire“. Diese Gedankenfreiheit wird sich die Arbeiterklasse in erster Linie und unter allen Umständen bewahren.

Alle weiteren möglichen legalen „mit der Reichsverfassung in Einklang stehenden Maßnahmen“ werden sich die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften vorbehalten.

Die vorbesprochenen Pläne der Reichsregierung sollen zwölf Monate (ein Jahr) gelten und „dem organischen Umbau und Neuaufbau unseres Staats- und Wirtschaftswezens dienen, der die eigentliche Aufgabe unserer Zeit ist“. So sagt Reichsminister v. Papen! Wir aber warten nun einmal die entsprechenden Notverordnungen ab, um dann zu diesen endgültig Stellung zu nehmen.

Kapitalistisch untergehen — oder sozialistisch bestehen?

Der Philosoph Oswald Spengler hat vor einigen Jahren durch sein Buch „Der Untergang des Abendlandes“ viel von sich reden gemacht. Und obwohl seinem wissenschaftlich begründeten Pessimismus zugleich andere Wissenschaftler mit nicht weniger gewichtigen Argumenten entgegengetreten und ihn widerlegt, so läßt sich doch nicht in Abrede stellen, daß sein Buch eine gedankreiche Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit war.

Spengler hat einige Zeit später eine Art Kommentar zu seinem Buch herausgegeben, in dem er ganz besonders die Entwicklung der neuzeitlichen Technik als eine der wesentlichsten Ursachen des Niederganges bezeichnet. Er sagte darin (dem Sinne nach), daß die Technik statt eines Dieners der abendländischen Menschheit ihr Herr geworden sei. Wenn man die technische Entwicklung zu unserer gesamten wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie sich unter der Herrschaft des privatkapitalistischen Systems entwickelt hat, in Beziehung setzt, dann kann man auch als Sozialist solchen Gedankengängen zustimmen. Seit Jahren, eigentlich sogar solange es überhaupt eine wissenschaftlich begründete sozialistische Bewegung gibt, haben wir immer zu beweisen versucht, daß die kapitalistische Gesellschaft mit den technischen Kräften, die sie hervorgezaubert hat, auf die Dauer nicht fertig werden wird. Und wir betonen besonders seit Jahren, daß der Rationalisierungsprozeß, das sichtbarste Zeichen der technischen Entwicklung, eine immer größere Anzahl von Arbeitskräften freisetzen, d. h. überzählig machen muß, sofern nicht gleichzeitig mit ihm eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung einhergeht. Wenn darin nicht sehr bald ein tief eingreifender Wandel eintritt, dann können die philosophischen Gedankengänge Spenglers in der Tat eines Tages furchtbare Wirklichkeit werden — wenigstens für die kapitalistische Welt.

Neuerdings ist nun Prof. Spengler unter die Wirtschaftstheoretiker gegangen. Allerdings scheint uns die Rolle, die er hier spielen zu wollen willens ist, weniger glücklich und weniger gedankentief als seine philosophischen Werke. Er hat sich hier als ein ganz schlimmer Reaktionsär entpuppt, wenn sonst der amerikanische Schriftsteller Knickerbocker in einem von ihm herausgegebenen Buche Spengler richtig zitiert. Und es besteht keine Ursache, an der Richtigkeit seiner Angaben zu zweifeln, da Spengler unseres Wissens bisher nichts gegen die Darstellung Knickerbockers unternommen hat. Danach hat Spengler dem amerikanischen Journalisten folgende Weisheit verkündet:

„Ich bin der Ansicht, daß vor allem zwei Dinge zu der katastrophalen Verschärfung der Weltwirtschaftskrise geführt haben, einerseits die in Wirklichkeit im Jahre 1830 eingetretene und seitdem beständig zugenommen hat. Diese beiden Dinge sind die Reparationen und das außerordentliche Niveau der Löhne, die sich in den letzten hundert Jahren ständig gehoben haben, um schließlich jetzt ihren Kulminationspunkt zu erreichen. Der eigentliche Sieger im Kriege war die Arbeiterklasse in der ganzen Welt. Im Rußland hat sie heute die Herrschaft zu hundert Prozent inne, in Deutschland hat sie zwei Drittel der Macht, in England die Hälfte, in der Vereinigten Staaten ein Drittel.“

Solange diese Herrschaft nicht gebrochen ist und solange die Löhne nicht auf ein wirtschaftlich tragbares Niveau herabgedrückt sind, kann es keine Hoffnung auf Erholung geben, selbst wenn die Reparationen getrichen sind.“

Der Kernpunkt dieser Ausführungen ist also, daß die Lohnentwicklung seit dem Jahre 1830 die heutige weltwirtschaftliche Lage verschuldet hat. Denn obwohl gewiß auch die Reparationszahlungen eine respektable Summe darstellen: gegenüber der Lohnentwicklung der letzten hundert Jahre stellen sie zweifellos nur einen Bruchteil dar.

Wenn nun der Philosoph Spengler das Jahr 1830 als Ausgangspunkt für seine lohnpolitischen Betrachtungen nimmt und weiter der Meinung ist, daß die Löhne „auf ein wirtschaftlich tragbares Niveau herabgedrückt“ werden müssen, so scheinen ihm demgemäß die Löhne von 1830 als dieses „tragbare Niveau“ vorzuschweben. Das wäre für die Berliner Steinschecker ungefähr ein Tagelohn von 15 bis 17,5 Silbergroschen = 1,50 bis 1,75 Mark — bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Für andere Arbeiter lägen die Dinge ähnlich, aber keineswegs besser.

Diese Tatsachen feststellen heißt zugleich den ganzen professorlichen Unsinn des Herrn Spengler aufdecken. Leider ist aber die Sache mit dieser Feststellung nicht abgetan, da es in Deutschland einen sehr mächtigen und einflussreichen Personenkreis gibt, der auf die Weisheit des Professors Spengler entchiedenen größeren Wert legt als auf seine Abendlandsuntergangs-Philosophie, und die drauf und dran sind, die neue Spenglersche Weisheit in die Tat umzusetzen.

Darauf hat sich die Arbeiterchaft einzustellen. Zunächst noch eine andere Feststellung. Es fällt uns nicht ein, zu bestreiten, daß in den letzten hundert Jahren die Löhne der Arbeiter gestiegen sind, rein zahlenmäßig sogar ganz bedeutend, wobei noch in Betracht kommt, daß 1830 ganz Deutschland kaum soviel Einwohner gezählt hat, als es heute Arbeiter und Angestellte zählt. Aber Herr Spengler scheint eines zu übersehen, nämlich, daß die Zahl der Wohlhabenden und Reichen in Deutschland und in der ganzen Welt im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in mindestens demselben Maße gestiegen ist und daß die Reichen — auch heute noch — über Reichtümer und Vermögen verfügen, die vor hundert Jahren absolut phantastisch angemutet hätten. Und noch eins, nämlich, daß die größten Reichtümer und Vermögen erst seit der Zeit „erworben“ worden sind, in der die Arbeiterchaft sich bewußt an ihrem eigenen wirtschaftlichen Aufstieg gearbeitet, um ihn gekämpft hat!

Wäre also die Spenglersche „Lohntheorie“ so richtig, wie sie falsch ist, dann müßten die Reichen in dieser Zeit ärmer geworden sein; dann würden wahrscheinlich alle Vermögen und Reichtümer von vor hundert Jahren nicht ausgereicht haben, um nur die aus der Lohnentwicklung erwachsenen Mehrausgaben an Lohn zu bestreiten. Das Umgekehrte ist richtig!

Aber es ist denkbar und unserer Auffassung nach durchaus möglich, daß eines Tages die Lohnentwicklung Formen und Dimensionen annehmen kann, daß die kapitalistische Welt nicht mehr mitkommen könnte, mit anderen Worten, daß die Löhne aus der Substanz bestritten werden müßten, weil die Rentabilität nicht genügt, um sie aus dem kapitalistischen Gewinn oder dem Mehrwert zu bestreiten. Noch sind wir soweit längst nicht — Leider!

Die Fälle der Zahlungsunfähigkeit, die bis jetzt zu verzeichnen waren, haben ganz andere Ursachen; sie sind allein durch die Kapitalisten selbst verschuldet. Siehe das Kapitel „Fehlinvestitionen“!

Also es ist möglich, daß einmal der Zeitpunkt kommen könnte, wo das Privatkapital „nicht mehr mitkommen kann“, um es vulgär auszudrücken, oder mit anderen Worten: die kapitalistische Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft nicht mehr „lohnt“. — Dann wäre die privatkapitalistische Gesellschaft in der Tat bankrott. Aber wir bestreiten ganz entschieden, daß ein solcher Bankrott gleichbedeutend ist oder sein müßte mit dem Untergang der Gesellschaft überhaupt, wie das dem Professor Spengler allem Anschein nach vorschwebt. Wir sind sogar der Überzeugung, daß diese Gesellschaft an ganz anderen Dingen zerbricht wie an der Lohnentwicklung. Auch da fügen wir hinzu: Leider! Denn eine solche Entwicklung legte Zeugnis ab von einem gesunden sozialistischen Aufstieg der Arbeiterchaft, von dem wir heute — und hier fügen wir zum drittenmal: Leider! — noch sehr weit entfernt sind.

Aber das ist eben der Unterschied zwischen unserer Auffassung und der des Professors Spengler: Für ihn ist keine andere Welt denkbar, keine andere Gesellschaftsform als die privatkapitalistische. Geht sie unter, dann geht für ihn die Welt, das „Abendland“ unter. Wir dagegen sind der festen Überzeugung, daß dieser „Untergang“ der privatkapitalistischen Gesellschaft die notwendige Voraussetzung ist für die Herbeiführung einer wahrhaft vernünftigen Gesellschaftsordnung, die zwar keine Multimillionäre und Milliarden mehr kennen wird, in der aber alle Menschen, die arbeiten können und arbeiten wollen, Arbeit und auskömmlich zu leben haben; in der auch genug da sein wird, um die Alten und Arbeitsunfähigen reichlich sattmachen und anständig behausen zu können. Die privatkapitalistische Gesellschaft vermag das nicht; sie scheitert und muß scheitern an diesem Problem. Sie will es nicht einmal lösen, weil das gegen ihren ursprünglichen Sinn und ihre inneren Gesetze geht. Von ihr gilt in seiner ganzen Tragweite das Wort des Dichters:

„Und alles, was besteht,
ist wert, daß es zugrunde geht.“

Aber — und das ist die Lehre, die die Arbeiterchaft aus Professor Spenglers „Philosophie“ zu ziehen hat: Diese Gesellschaft will nicht freiwillig abdanken; im Gegenteil, sie will ihre Daseinsfrist so weit wie nur irgend möglich verlängern — auf Kosten der Arbeiterchaft! Und sie würde auch davor nicht zurückschrecken, die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten um ein volles Jahrhundert zurückzuschrauben — wenn sie es könnte! Um nahezu ein Jahrzehnt, ein entscheidendes Jahrzehnt, hat sie es bereits getan. Und rechnet man die Steigerung der Arbeitsleistung hinzu, dann kommen wir schon auf ein Vierteljahrhundert. Also es geht ums Ganze! Es geht darum, ob die kapitalistische Gesellschaft noch weiter ihre Herrschaft über die Arbeiterchaft gewalttätig aufrechterhalten soll, mit all dem Leid, der Not und dem Elend, gegen das diese seit 60 Jahren erfolgreich angekämpft hat — oder ob das, was reif ist, zu fallen, fallen soll.

Es handelt sich darum, ob die Arbeiterchaft kapitalistisch untergehen oder sozialistisch weiterbestehen will — ein Drittes gibt es nicht! Die Entscheidung drängt; sie muß ausgefochten werden von der heutigen Generation; geschieht das nicht, dann ist sie und die nächste Generation verflucht. Es gilt den Kampf um eine neue Gesellschaft, um eine neue Welt. Wie oft haben wir das Wort zitiert: „Unser die Welt, trotz alledem!“ Dieses Wort hat jetzt vielleicht zum ersten Male seinen tiefsten Sinn und seine tiefste Bedeutung erlangt. Die Welt wird aber nur dann unser sein, wenn die deutsche Arbeiterchaft endlich erkennt, daß sie nur einen Feind hat — und dieser Feind ist ihre politische Zerrissenheit, ist der Bruderkrieg und sind alle diejenigen, die ihn tagtäglich schüren. An dem Tage, an dem sie diesen Streit begräbt, an dem Tage beginnt der sozialistische Aufstieg und damit ein neues, besseres Leben für die Arbeiterchaft! An dem Tage beginnt in der Tat der Untergang des kapitalistischen „Abendlandes“, ein Untergang, der uns nicht schrecken kann, der wir alle begrüßen als den Geburtstag einer sozialistischen Weltordnung. Al. Knoll.

Herrenmenschen und Untermenschen

Die Nationalsozialisten haben neben anderem auch eine besondere Moral entwickelt. Ein Nationalsozialist ist von vornherein ein höheres Wesen. Die Gegner sind ohne weiteres minderwertig, ja, wenn sie Sozialisten sind, werden sie sogar als Untermenschen bezeichnet. In Beuthen sind fünf Nationalsozialisten, die einen kommunistischen Arbeiter nachts aus dem Bette geholt und auf die roheste Weise ermordet haben, gemäß den durch die Notverordnung angeordneten verschärfsten Strafen zum Tode verurteilt worden. Keine Partei wird ihre Anhänger im Stich lassen, aber alle wären sie von solchen Tätern abgerückt. Hitler dagegen hat an die Verurteilten ein Telegramm geschickt, worin er diese mit „meine Kameraden“ anredet, sich mit ihnen in unbegrenzter Treue verbunden fühlt und hinzufügt: „Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre“. So weit hat sich der Führer einer großen Partei herabgelassen, daß er Mörder als gleichberechtigt mit sich hinstellt und ihre Sache zu der seinigen macht. Die Nazibewegung ist dadurch genügend charakterisiert. In einem gleichzeitig der Öffentlichkeit übergebenen Aufruf heißt es: „Ich wünsche dem nationalen Deutschland den Sieg und — seinen marxistischen Zerstörern und Verderbern die Vernichtung“. Damit bezeugt Hitler, daß er mit allen Mitteln die marxistischen Zerstörer und Verderber auszurotten bemüht ist. Es kostet für einen deutschen Arbeiter wirklich Ueberwindung, sich derartigen Aussagen zu lassen. Die Glorifizierung der eigenen Verbrechen und das Herunterreißen der Gegner ist aber die Ausgeburt einer besonderen Moral. — Ein anderer hergelaufener Ausländer, der in der Nazibewegung eine Rolle spielt, Dr. Rosenberg, hat kürzlich in einem Leitartikel im „Völkischen Beobachter“ den Gedanken vertreten, daß wie in der Inflation nicht Markt gleich Markt, im heutigen Leben nicht Mensch gleich Mensch sei. Für den Nationalsozialismus sei nicht Mensch gleich Mensch, nicht Tat gleich Tat, für ihn gebe es kein „Recht an sich“, sondern kein Ziel sei der starke deutsche Mensch, kein Bekenntnis sei der Schutz dieses Deutschen, und alles Recht und Gesellschaftsleben, Politik und Wirtschaft habe sich nach dieser Zwecksetzung einzustellen. So sieht die Nazimoral aus. Sie nehmen eine Abwertung des Menschenlebens nach dem Vorbild des Papiermarkturkes vor. Diese Eingewanderten in Deutschland dünken sich als die Herrenmenschen und sehen in dem organisierten deutschen Arbeiter den „marxistischen Untermenschen“. Es ist nur bedauerlich, daß die deutsche Arbeiterbewegung, als sie die Macht hatte, solche Verherrlicher des rohesten Verbrechens nicht dahin befördert hat, wo sie hergekommen sind. Wir glauben fest, daß eine solche Weisheit und Zuverlässigkeit sich niemals wieder ereignen wird. Es ist aber notwendig, die Nazimoral herauszustellen, damit auch der Dummste weiß, mit welcher Bewegung man es hier zu tun hat.

Freiwilliger Arbeitsdienst und Sozialversicherung

Nach den mancherlei Verordnungen über den freiwilligen Arbeitsdienst sind nunmehr unter dem 2. 8. 1932 noch besondere Ausführungsverordnungen erschienen. Diese beinhalten neben anderem eine sehr wichtige Frage für die im freiwilligen Arbeitsdienst Tätigen. Es handelt sich darum, ob und unter welchen Bedingungen die Vorschriften der sozialen Versicherungen auf die im freiwilligen Arbeitsdienst Tätigen Anwendung finden.

Ueber die Krankenversicherung heißt es in der Verordnung grundsätzlich: „Die Arbeitsdienstwilligen sind gegen Krankheit versichert. Dabei gelten die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Pflichtversicherung entsprechend.“ Außer dieser Grundbestimmung enthält die Verordnung noch eine Reihe weiterer Vorschriften. So ist wichtig, daß die Arbeitsdienstwilligen nur Krankenpflege für ihre Person erhalten. Eine Zahlung von Krankengeld findet demnach nicht statt. Die Gewährung von Familienkrankengeld kommt nur dann in Betracht, wenn der Betreffende vorher gegen Krankheit pflichtversichert war. Zu erwähnen sei ferner noch, daß die Arbeitsdienstwilligen von der Verpflichtung zur Entrichtung der Krankenkassegebühr und des Arzneikostenanteils befreit sind. Eine Zahlung von Sterbegeld findet nach der Verordnung nicht statt. Zuständig für die Versicherung ist die Allgemeine Ortskrankenkasse. Die Beiträge werden aus Mitteln des freiwilligen Arbeitsdienstes nach einem Grundlohn von 1,50 Mark bestritten.

Eine Unfallversicherung findet dann statt, wenn die Beschäftigung an und für sich der Unfallversicherung unterliegt. Für die Berechnung der Leistungen wird der Jahresarbeitsverdienst einheitlich auf 900 Mark festgelegt. Die Invalidentät wird durch die Arbeitsdienstwilligen nach dem § 21 der erwähnten Verordnung geregelt. Es heißt da: „Für Arbeitsdienstwillige, die bis zur Aufnahme des freiwilligen Arbeitsdienstes versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, findet zur Aufrechterhaltung der Anwartschaften in der Invalidentät, Angestellten- und Knappschaftlichen Pensionsversicherung der § 129 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Beiträge (Anerkennungsgebühren) aus Mitteln des freiwilligen Arbeitsdienstes zu entrichten sind. Entsprechendes gilt für Wohlfahrtsverbände, die bis zur Aufnahme des freiwilligen Arbeitsdienstes in der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden sind, wenn der Fürsorgeverband es beantragt.“ Der § 129 des hier angezogenen Gesetzes über Arbeitslosenversicherung bestimmt, daß die Beiträge zur Invalidentät- und Angestelltenversicherung zu entrichten sind, die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft notwendig sind. Diese Entrichtung der Anerkennungsgebühren kommt jedoch nur für die Arbeitsdienstwilligen in Frage, die bis zum Eintritt in den Arbeitsdienst Arbeitslosen- oder Arbeitslosenunterstützung bezogen haben.

Dasselbe gilt für jene, die vorher als Wohlfahrtsverbände von der öffentlichen Fürsorge Leistungen bezogen haben. Für die letztgenannten werden die Anerkennungsgebühren zu den Rentenversicherungen nur dann geleistet, wenn der Fürsorgeverband dies beantragt. Kl.—s.

Der umgekehrte Malthus

Vor mehr als hundert Jahren hat der englische Pastor und Nationalökonom Malthus die These vertreten, daß die Menschheit leider gezwungen sei, in einer gewissen Armut zu verharren, weil die Natur nicht ergiebig genug sei, um eine wachsende Menschenzahl ausreichend zu ernähren und ihr bessere Kleidung und Wohnung zu verschaffen. Wir wissen längst, daß die Technik und andere Umstände dem Menschen die Mittel an die Hand gaben, den Lebensstandard aller Völker wesentlich zu erhöhen. Wenn es zu solchen Wirtschaftskatastrophen kommt wie gegenwärtig, dann liegt dies daran, daß die Entwicklung einseitig vor sich geht und der Kapitalismus wohl die Produktion, nicht aber die Verteilung der Produkte zu organisieren vermochte. Das diesjährige Erntergebnis aus den verschiedenen europäischen Ländern deutet darauf hin, daß die Natur in diesem Jahre wiederum sehr freigebig war. Alle Länder berichten von einer wesentlichen Steigerung der Ernte den letzten Jahren gegenüber. Für Deutschland wird mit einer Erhöhung der Erträge bei Winterroggen von 6,6 auf 8,0 Millionen Tonnen, bei Winterweizen von 3,7 auf 4,5, bei Gerste von 3,0 auf 3,3, bei Hafer von 6,2 auf 6,5 Millionen Tonnen gerechnet. Dieser erhöhte Erntertrag könnte höchstens durch schlechtes Erntewetter ungünstig korrigiert werden. Jedenfalls zeigt auch das diesjährige Erntergebnis, daß Malthus' Prophezeiungen nicht eingetroffen sind und alle Menschen reichlich ernährt, gut gekleidet und besser behausung werden könnten, wenn die Wirtschaftsordnung den Segen der Natur und des Produktionsergebnisses unter alle Menschen günstig zu verteilen in der Lage wäre.



In einen Beitragscheuen

Kollege, sagt jemand das Wörtchen „Verband“,
Dann werde fähig wie weiße Wand!
Pumpe dir hörbar Luft in die Lunge!
Schlufe die Spude! Jüde die Junge!
Stimme die Gurgel! Eröffne die Fehde —
Rebe, Kollege, rede — rede!

Nein, brülle! Weil das mehr Eindruck macht!
Denn es geht um den Beitrag! Sei auf der Wacht!
Roche über und loche unter!
Fuß den Verband nur mal richtig herunter!
Schimpfe, schäume, werde blau im Gesicht
Und vergiß mir die Bonzen, die Bonzen nicht . . .

Rebe Quatsch, rede Blech, rede Zimt, rede Schwund!
Schwöre auf Ludendorffs Tannenbergsbund,
Auf die KPD, auf die Naziartei!
Sag: die machten uns von den Bonzen frei!
Es ist alles erlaubt, es ist alles recht —
Nur, gehe als Sieger aus dem Gesicht!

Wozu auch sollst du Verbandsmitglied sein?
Bist du nicht schon Vorstand im Ziegenverein?!
Und in einer Winkelferbestasse
Zahlendes Mitglied dritter Klasse?! —
... und so wirst du lieber zugrunde gehn,
Als ein Gebot der Stunde verstehn. . .

Tutt, ein Wirker.

Eine wichtige Entscheidung über Versicherungspflicht in der Arbeits- losenversicherung

In der Arbeitslosenversicherung besteht gegenüber den Versicherungs-
zweigen der Sozialversicherung über den Personenkreis der
Versicherten ein grundsätzlicher Unterschied. Während in der
Kranken- und Invalidenversicherung unter bestimmten Voraus-
setzungen auch eine Versicherungsberechtigung besteht, kennt die
Arbeitslosenversicherung nur pflichtversicherte und versicherungsfreie
Beschäftigte. Durch die vielen zu Ungunsten der Versicherten
in den letzten Jahren vorgenommenen Veränderungen im Ar-
beitslosenversicherungsgesetz wurde der Rechtsanspruch der Arbeits-
losen stark eingeschränkt. Dadurch wurde der Gegensatz zwischen
letzterem Gesetz und denen der Sozialversicherung bedeutend ver-
größert. Die Merkmale, ob eine versicherungspflichtige oder ver-
sicherungsfreie Beschäftigung in der Arbeitslosenversicherung vor-
liegt, sind trotz der vielen Paragraphen und Verordnungen
manchmal schwer zu erkennen. In solchen Grenzfällen entscheidet
das Arbeitsamt. Dabei kommt es sehr oft vor, daß der Arbeitslo-
se den Bürokratismus und die Spitzfindigkeit der Beamten recht
unangenehm zu spüren bekommt. Nicht allein, daß ein gestellter
Unterstützungsantrag trotz jahrelanger Beitragsleistung abgelehnt
wird, kann auch der Beamte während der Bezugsdauer der Arbeits-
losenunterstützung diese zur Einstellung bringen und bereits ge-
zahlte zurückverlangen.

Ein solcher Streitfall wurde von unserem Bezirksleiter in Kassel,
Kollegen R e i s, in letzter Zeit vor der Spruchkammer für Arbeits-
losenversicherung beim Oberverwaltungsamt in Kassel zur Ent-
scheidung gebracht. Folgender Sachverhalt lag zugrunde:

Die Gebrüder B. waren fast durchweg in dem unter dem Namen
ihres Vaters laufenden Steinsechsgeschäft beschäftigt. Nach dem sie
wiederholt arbeitslos waren und Unterstützung bezogen, stellten
sie nach Aussteuerung Antrag auf Gewährung von Krisenunter-
stützung. Am Auszahlungstage wurde ihnen vom Arbeitsamts-
beamten eröffnet, daß nicht allein der Antrag auf Krisenunter-
stützung abgelehnt sei, sondern daß eine Überprüfung ihrer Akten
ergeben habe, daß sie zu Unrecht Arbeitslosenunterstützung bezogen
hätten und die Rückzahlung der Unterstützung nebst geleisteten
Krankenkassenbeiträgen in Höhe von 1200,76 bzw. 954,13 Mark
angeordnet sei.

Zugleich wurde dem dritten Bruder, der noch Arbeitslosenunter-
stützung bezog, diese entzogen und die bereits bezogene in Höhe
von 780,59 Mark zurückgefordert. Der bei den Arbeitsämtern ihres
Wohnortes eingelegte Einspruch wurde zurückgewiesen.

In dem von unserem Bezirksleiter eingereichten Berufungsver-
fahren wurde von beiden streitenden Parteien, sowie von der
Berufungsinstanz selbst eine umfangreiche Beweisaufnahme vor-
genommen. Das Arbeitsamt stützte sich darauf, daß die Gebrüder
das Geschäft selbst betrieben, indem der eine Bruder S. B. selbst-
ständig Geschäfte abschloß und Briefumschläge mit dem Aufdruck
„Gebrüder B.“ zum Versand brachte. Diesem konnte entgegen-
gehalten werden, daß der Vater der Berufungskläger Inhaber des
Geschäftes ist und auch als solcher zur Gewerbesteuer veranlagt
war. Außerdem hatten die Kläger ordnungsgemäß Lohn bezogen.
Die Geschäftsbücher wiesen dieses aus. Durch letztgenannte Tat-
sache entschied die Spruchkammer, daß die Kläger als Arbeitnehmer

im Sinne des Arbeitslosenversicherungsgesetzes anzusehen sind und
demnach die Unterstützung zu Recht bezogen haben.

Wenn es auch als unmöglich erscheint, daß ein Arbeitsloser eine
bezogene Unterstützung in Höhe von bereits 800, 900 oder 1200 Mark
zurückzahlen kann, so besteht dennoch für den betr. Arbeitslosen die
Gefahr, für die spätere Zukunft der Rückzahlung nachkommen zu
müssen. Außerdem wurde im vorliegenden Falle durch die Ent-
scheidung das Arbeitsamt verpflichtet, den Antrag auf Krisen-
unterstützung nochmals nachzuprüfen, und sobald die gesetzlichen
Voraussetzungen gegeben sind, die Unterstützung zu gewähren.

Der in diesem Streitfall erreichte Erfolg für
die Kollegen ist nur der Wirkung des Verbandes
zu verdanken.

25 Jahre Zahlstellenkassierer

Am 4. September 1907 übernahm der Steinmeh-Kollege Paul
Gumbinger in Hamburg die örtliche Rassenverwaltung. Er war
damals 39 Jahre alt, nun ist er mit der Rassenverwaltungsleitung
grau geworden. Grau ja, aber nicht alt, denn obwohl unser Paul
bereits 64 Lebensjahre zählt, versteht er noch sehr gut und kräftig
seinen Steinmehknüpfel und den Häufel zu handhaben, und wenn
seine Eisen auf dem Granit tanzen, dann schaut es tatsächlich so
aus, als sei unser Jubilar noch in dem gleichen Alter wie bei der
Rassenübernahme am 4. September 1907.

Unser Funktionär-Jubililar ist im Laufe der 25 Jahre auch vielen
wandernden Verbandsmitgliedern bekannt geworden. Vielen hun-
dert hat er die Reiseunterstützung ausgezahlt und für jeden freund-
liche, aufmunternde Worte gehabt, wenn einer an der Tippelei und
wegen der damit verbundenen Not verzagen wollte. Da kam natür-
lich auch mancher angetollt, der bei der Arbeit sein Verbandsbuch
nicht so in Schutz hielt, wie das sein sollte, aber auf der Wander-
schaft sich an den Verband erinnerte. Paul Gumbinger hat da man-
chen Scheißer austellen müssen; er durfte das um so eher, weil die
alten Steinmeh an der Wasserfante gewohnt waren, auf Ord-
nung im Verbandsbuch zu halten. Doch wo es mit der Verbands-
zahlung im Einklang stand, hat der Hamburger Kassierer in dem
betreffenden Buch Ordnung gemacht, natürlich von der Reiseunter-
stützung. Gar mancher bisher Saumselige, ist durch erste und ein-
dringliche Ermahnung unter Aushandigung des Restes der Unter-
stützung zu einem treuen Verbandsmitglied geworden. Die prak-
tische Solidarität für die wandernden Kollegen hat bekanntlich in
der Verbandsdisziplin schon oft Wunder gewirkt.

Erste Kassierergeschäfte sind bekanntlich das Rückdat jeder ordent-
lichen Zahlstelle; in diesem Sinne hat Paul Gumbinger seit fünf-
undzwanzig Jahren die Hamburger Zahlstellenkasse treu und ehr-
lich geführt. Mehrere hunderttausend Mark rannen durch seine
harten Steinmehsäule und bei jeder Revision, ob angemeldete oder
unberohnte, waren Kasse und Buchführung immer so, wie sie sein
sollen — in musterhafter Ordnung.

Diese guten Kassierereigenschaften haben die Hamburger Kol-
legen dadurch stets zu schätzen gewußt, indem sie Jahr für Jahr
ihren bewährten Kassierer Paul Gumbinger wiederauswählten. Der
Verband kann nur stolz sein auf solche Sachverwalter. Deshalb ist
es angebracht, auch an dieser Stelle dem Freunde und Kollegen
Paul Gumbinger noch nachträglich zu seinem Funktions-Ehrentage
die besten Grüße zu entbieten. Wir verbinden damit den Wunsch,
wie die Hamburger Kollegen, daß Paul Gumbinger noch recht viele
Jahre sich solcher gesunden Ordnung erfreut, wie er die Hambur-
ger Kassierergeschäfte seit fünfundzwanzig Jahren im Nebenamt ge-
führt hat. — Glück! —

Fortführung der Jugendarbeit

Unter dieser Spitzmarke sind des öfteren in der Gewerkschafts-
presse Hinweise auf die harte Notwendigkeit der besseren Erfassung der
jüngeren Mitglieder im Alter von 18 bis 25 Jahren erfolgt. Mit
Recht wird versucht, die Erkenntnis auf möglichst breiter Basis
wahrzunehmen, daß die besondere Betreuung der 18- bis 25jährigen
eine durch die Zeitverhältnisse bedingte vorrangige Aufgabe der
Gewerkschaften geworden ist. Wenn auch die organisatorische Er-
fassung und Betreuung der in einem Lehr- oder anderem Arbeits-
verhältnis stehenden Jugendlichen bis zu 18 Jahren wesentliche
Fortschritte gemacht hat und durch einzelne Gewerkschaften als
geradezu vorbildlich gelöst zu betrachten ist, so sind die Mängel der
organisatorischen Erfassung und Betreuung der 18- bis 25jährigen
fast in jeder Gewerkschaft in gleicher Weise erkennbar.

Es soll zugegeben werden, daß die dem eigentlichen Jugendalter
Entwachsenen schwer zu lenken sind, in anormalen Zeiten be-
sonders. Das liegt begründet in der Psyche der diesen Altersklassen
angehörenden Jugendlichen, die zur aktiven Stellungnahme in
politischen und wirtschaftlichen Fragen, zum Handeln, zum Mit-
reden drängen. Ihre geistige Aktivität bedeutet noch nicht geistige
Reife. Ein klares Verhältnis zur Wirklichkeit kann nur in
geringem Maße vorhanden sein, es kann auch nicht erwartet wer-
den, daß es sich in dem durchaus ungeeigneten Boden der Zeitzeit
allzu schnell entwickelt; es muß mit Beharrlichkeit gezogen werden.

Wie geschieht das? Man mache sich von der in den Gewerkschaften
weitverbreiteten Auffassung frei, daß die jungen Kollegen den

besten Anschauungsunterricht über gewerkschaftliches Streben und
Schaffen erhalten, wenn sie den Älteren, in der aktiven Gemein-
schaftsarbeit Stehenden, von fern zuschauen und höchstens zur Dis-
kussion über diese Arbeit herangefahren werden. Die 18- bis
25jährigen stellen einen bestimmten Prozentsatz der Gewerkschafts-
mitglieder. Entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke lasse man sie
nach und nach aktiv werden, selbst mitarbeiten. Man spanne sie
bewußt, aber nicht unüberlegt, sondern in weiser Abwägung der
Wirkungen vor den Gemeinheitsfaren und lasse ihnen die aktive
Gewerkschaftsarbeit und die damit verbundene Verantwortung spür-
bar werden. Nicht, daß man ihnen die Mühe erleichtert, die sich
die Älteren bei all ihrem Tun und Handeln geben, nicht, daß
man ihnen beharrlich vorschreibt, wie sie zu steuern haben, sondern
man verjage lediglich zu lenken, wenn der Karren allzu weit vom
richtigen Wege abzukommen droht, und man greife dann fest mit in
die Speichen, wenn der Karren stecken bleiben will.

Es gibt genug Funktionen, in denen die Jugendlichen aktiv für
die Gewerkschaft werden können. Die gewerkschaftliche Tätigkeit
darf kein Privileg der Älteren sein und gerade in der Jetztzeit
bestimmt nicht bleiben. Jede Gewerkschaft hat Gelegenheit, die
jüngeren Mitglieder stärker als bisher in die Reihen der aktiv
Tätigen einzugliedern. Wenn gesagt wird, die Jungen brauchen
sich ja nur um vorhandene Funktionen bemühen, es gäbe genug zu
tun für jeden, der in der Bewegung arbeiten will, so trifft das
nicht den Kern der Sache. Nur wer schon in der Bewegung tätig
ist, kann Aufgaben vergeben und darauf kommt es an.

Sind die jüngeren Altersklassen stärker in den Funktionen der
Gewerkschaften vertreten, so werden zwar nicht bei der Gesamtheit
der Jugendlichen, aber doch bei einem beachtlichen Teil derselben
wieder festere Bindungen an die Gewerkschaft und ihre Bestre-
bungen festzustellen sein.

Arbeitserfolg und Klassenbewußtsein

Sind die Arbeitsmenschen, die bemußt in der gewerkschaftlichen
Bewegung stehen, in ihrem Arbeitsleben etwa minderwertig?
Arbeiten sie etwa mit Unlust und darum ohne genügenden Arbeits-
erfolg?

Eine Studie von Dr. M. Bernag im Archiv für Sozialwissen-
schaften beweist das Gegenteil. Diese arbeitenden Menschen sind
zwar, so heißt es da, mit ihrer Lage unzufrieden, aber es sind die
intelligentesten Arbeiter, die auch die höchsten Leistungen voll-
bringen.

Was bei diesen bewußten Arbeitsmenschen bei der Arbeit
hemmend wirkt, das ist „der personale Konflikt“. Ist der nächste
Vorgesetzte, der Leiter oder sonst jemand, mit dem diese Arbeits-
menschen täglich in Verbindung stehen, nicht so, wie er sein muß:
gerecht, freundlich, menschlich, dann wirkt dieser Zustand hemmend
ein auf den Arbeitserfolg.

Die Klassenlage dagegen ist beim Arbeitserfolg ohne Einfluß.
Der Mensch fügt sich unwillkürlich bei der Arbeit in die Verhält-
nisse ein, weil sie zeitgeboren sind, weil sie nicht von heute auf
morgen geändert werden, aber ein Zusammenleben nicht ohne
Arbeit möglich ist.

Was aber auch heute anders sein kann, das ist der einzelne
Mensch. Vorgesetzter muß nicht gerade der Mensch der Härte und
Ungerechtigkeit sein. Und ist doch ein Mensch im Arbeitsleben
bestimmend, dann empört sich das sittliche Gefühl.

Man kann nur in Achtung stehen vor solchem Arbeitsvolke, dessen
Wesen jene Arbeit kurz umreißt. Solch ein Volk ist reif für eine
ardere Art des Arbeitslebens, in dem der Mensch brüderlich und
frei für den Menschen schafft.

Heppenheim a. Rh. Die Werbewoche endete mit einer Versamm-
lung der Zahlstelle, die gut besucht war, wenn auch die jüngeren
Kollegen der Versammlung fernblieben. Ob das Fehlen der jün-
geren Kollegen auf die Gleichgültigkeit oder auf das Treiben der
KPD zurückzuführen ist, bleibe dahingestellt. Man kann nur sein
Bedauern darüber aussprechen. Der Kollege M e h e n d o r f als
Versammlungsleiter übergab in Übereinstimmung mit der Ver-
sammlung dem Kollegen V o l l r a t h die Führung der Verbands-
geschäfte, die Mehendorf nur vertretungsweise geführt hat. Der
Punkt „Beitragszahlung“ löste eine längere Debatte aus. Es wurde
von den Kollegen die trostlose Lage geschildert, in der sie sich
finden. Die Wirtschaftskrise und die verfehlte Kapitalinvestition
haben die einst so blühende Steinindustrie des Odenwaldes zum
vollständigen Erliegen gebracht. Weiter wurde die unermessliche
Belastung der Kollegen und der gesamten Arbeiterschaft, hervor-
gerufen durch die Papensche Notverordnung, zur Sprache gebracht.
Es kam auch hier zum Ausdruck und Kollege Vollrath zeigte in
einigen knappen Sätzen, daß die Behauptung, „die Arbeiter hätten
nichts zu verlieren als ihre Ketten“, falsch ist. Die Arbeiterschaft
hatte schon sehr viel verloren, seit unsere Vertreter aus der Re-
gierung geschieden sind. Die Löhne, die heute von den kleinen Fir-
men — die großen liegen schon lange still — gezahlt werden, liegen
auf der Höhe der Vorkriegszeit, bei Preisen der Nachkriegszeit.
Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Ver-
sammlung mit „Freiheit!“ geschlossen.

Organisieren und Agitieren



Die politischen Vorgänge in Deutsch-
land im Monat Juli und August dieses
Jahres haben den wenigen noch arbei-
tenden und den Millionen der stempeln-
gehenden Gewerkschaftsmitglieder mit
erschütternder Brutalität gezeigt, was
eine zur Macht gelangende Reaktion
alles vermag, aber auch, was sie nicht
vermag. Dabei kann diese Macht wegen
ihrer Maßnahmen insoweit der politischen
deutschen Parteiverhältnisse nicht ein-
mal so zur Rechenhaftigkeit gezogen werden,
wie das jirka die Hälfte der deutschen,
der wirklich republikanisch gesinnten
Volksgeossen sehnlichst wünscht. Daß dieser politische Wendeschlag
nach rechts mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen
überhaupt möglich wurde, vielleicht noch mehr, noch Schlimmeres
nach der Papen-Rede vor den Bauern in Münster möglich wird,
kommt in der Hauptsache davon, weil Lüge und Demagogie im
politischen und wirtschaftlichen Kampf vorherrscht. Die Verun-
glimpfung ehrlicher, aufrichtiger Personen und Körperschaften, die
Verächtlichmachung jeder Autorität, jeder organisatorischen Ein-
richtung und Leistung betrachten heute leider recht viele Zeitge-
nosser als ihre vornehmste Aufgabe. Zweifelloser hat die unheimlich
andauernde Arbeitslosigkeit und die dadurch verursachte große Not
auch in der persönlichen Gesinnung vieler demoralisierend gewirkt,
hat Haß und Neid verursacht. Und von diesem zur Anwendung von
Lüge und Demagogie im gegenseitigen Kampf ist nur ein ganz
kleiner Schritt. Zu viele in Deutschland, die Menschenanträge
tragen, haben diesen Schritt bereits getan. Die heutigen schwer
erträglichen wirtschaftlichen und politischen Zustände sind davon die
Auswirkung, und wenn kein Wunder passiert, besonders im Hinblick
auf die Arbeitslosigkeit der Millionen und der damit verbundenen
Wirtschaftserschütterung in Stadt und Land, dann treiben diese Zu-
stände und Notverhältnisse in Deutschland anscheinend doch noch zum
Kampf aller gegen alle, treiben zum Auf- und Durcheinander, also
zum längst befürchteten Chaos. In diesem Wirrwarr werden nur
jene vorerst oben bleiben, die über die stärkste und brutalste Faust,
über die knallhärteste Kanone und über das größte Lügenmaul ver-
fügen. So wenigstens sieht die Situation aus.

Der leidliche und seelische Hunger der Millionen Erwerbsloser,
der Förderer des Würdlichkeitsgefühls gegen alles und jedes, gibt
auch die Plattform ab, auf der die noch wenig vorhandene Einsicht,
Bewußt und Vertrauen vollends zertrampelt werden. Der Anfang
dazu ist längst gemacht. Richtig ist, daß viele Deutsche Detartiges
durchaus wünschen und propagieren; richtig ist aber auch, daß fast
ebenjoviele sich mit aller Kraft dagegen stemmen und verhindern
wollen, daß solche Unvernunft fliegt. Dagegen stemmt sich auch die

Papen-Regierung, wobei sie allerdings ihre natürliche und gesetzliche
Kraft oder richtiger gesagt — Macht, nach rechts nicht so sehr entfaltet
wie nach links, weil nach ihrer eigenen Befundung dort das Natio-
nale im Vordergrund steht. Das braucht schließlich niemand groß zu
wundern, denn die Papenregierung stammt ja von — rechts; ihre
Ahnen galere füllen die Junker und Säbeltrahler aus der Vorkriegs-
zeit. Sie, die Regierung, sagt von sich selbst, sie sei weder revolu-
tionär noch reaktionär, sondern — konservativ. Wer das nicht
glaubt und sich erlaubt, dagegen etwas zu schreiben, läuft Gefahr,
an die Hammelbeine genommen zu werden, wenn er — links steht.
So wurde kürzlich sogar ein Gewerkschaftsblatt vom Berliner Poli-
zeipräsidium verworfen, weil es bei der Reichstagswahl zum 31. Juli
dem Sinne nach geschrieben hatte, was reaktionär-konservativ für
die Arbeiter bedeutet in der Papen-Regierungs-Auswirkung. In
Deutschland scheinen sich böse Zustände in der freien Meinungsäu-
ßerung zu entwickeln, wenn man nicht einmal sagen darf, daß schwarz
oder weiß, wirklich auch schwarz oder weiß aussieht.

Im deutschen Volke sind tatsächlich zu viele gegeneinander-
treibende Interessen vorhanden. Die größere Hälfte davon wurzelt
mit ihren unterschiedlichen Schattierungen im privatkapitalistischen
Boden, die andere Hälfte in der sozialistischen Gedankenwelt. Aber
auch in dieser ist keine einheitliche Linie, keine taktische und keine
ideelle Gemeinsamkeit vorhanden. Während jene unterschiedlichen
Interessen und Interessenten, die auf das privatkapitalistische System
schwören, sich schließlich immer, trotz ihrer Gegensätzlichkeit in
vielen Punkten wieder zusammenfinden, wenn es nach ihrer Ansicht
um Gewichtiges geht, ist die Gemeinsamkeit, auch nicht in Einzel-
fällen, auf der anderen Seite einfach nicht möglich. Und zwar
deshalb nicht möglich, weil der eine Teil in der sozialistischen Ge-
dankenwelt bekanntlich auch nur mit Hilfe der Lüge und Dem-
agogie sein organisatorisches Dasein fristet. Es darf schon aus-
gesprochen werden: diese Gruppe hat an der Einführung der ver-
derblichen und demoralisierenden Kampfmittel der Lüge und
Demagogie einen sehr großen Anteil, wenn nicht gar das Erst-
geburtsrecht. Und wer von unseren Lesern und Verbandsmitglie-
dern nicht als Jüngling die gegenwärtige Periode erlebt und die
Arbeiterbewegung der letzten 15 Jahre aktiv miterlebt hat, der
wird schon wissen, daß die Behauptung mit dem Erstgeburtsrecht
in der Anwendung der verwerflichen Kampfmittel keine Verlegen-
heitsausrede ist und keine Verdächtigung darstellt, sondern nackte,
unumstößliche, ja geschichtliche Wahrheit. Darüber soll an dieser
Stelle nun nicht weiter geredet werden; denn einmal wird damit
an der gegenwärtigen Lage nichts geändert und im weiteren kann
man ausgesprochene und ausgesuchte Lügner und Demagogen nicht
überzeugen. Nur jene, die in deren Banne sich befinden, also ge-
wissermaßen hypnotisiert sind, die können eventuell noch befehrt
werden.

Dieser schwierigen und undankbaren Aufgabe müssen vor allem
die aufrichtigen Gewerkschaftsmitglieder sich unterziehen, wenn sie
nicht wollen, daß ihre wirtschaftlichen Kampforganisationen gegen
Ausbeutung von den heutigen Zuständen aufgerieben werden.

Damit taucht überhaupt für die gewerkschaftlich organisierte Arbei-
terschaft die Frage auf, wie sie am besten und wirksamsten in
weiterer Sicht den augenblicklichen Zuständen begegnen kann. Die
Antwort darauf kann nur kurz und nüchtern lauten: O r g a n i-
s i e r e n u n d A g i t i e r e n! Immer wirken und werden für die
Stärkung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und energische
Bekämpfung jener, die von Generaltreik und außerparlamentari-
schen Mitteln zur Bekämpfung der Reaktion reden. Das tun ohne
Unterbrechung jene, die sich unbändig gestreut haben, als die
verfassungsmäßige Preußenregierung und mehrere Polizeipräsi-
dienten kaltgestellt wurden. Nein, solche Politiker, auch wenn sie
den Arbeitskittel tragen, sind keine guten Berater, sind keine ver-
lässlichen Mitkämpfer. Denn es ist einfach kindisch, für etwas ein-
treten zu wollen, was man vormdem mißachtet und mit allen Mitteln
der Lüge und Demagogie mit Dred beworfen hat. Auf solche Be-
rater ist nimmermehr Verlaß. In diesem Zusammenhang ist das
Studium des Leitartikels in dieser Nummer des „Steinarbeiter“
sehr beachtlich.

Die Gewerkschaften und ihre ganze Tätigkeit sind immer viel zu
nüchtern und klarschend gewesen, sind es noch, und werden es auch
bleiben, um solchen Sirenenjungen nachzulaufen. Mit der histori-
schen Parole der Arbeiterbewegung: O r g a n i s i e r e n u n d
A g i t i e r e n! als wirksamste außerparlamentarische Mittel sind
die Gewerkschaften groß und stark geworden und haben, gestützt
darauf, das schaffen können, was durch die gegenwärtigen inner-
politischen Zustände in Deutschland immer mehr eingeschränkt und
beschnitten wurde. Alte, totgelaubte Ansichten von „Herr und
Knecht“ tauchen wieder auf, werden propagiert, sollen in den Be-
trieben wieder zur Geltung kommen, nachdem man diese Betriebe
auf Kosten der sowieso schon kümmerlichen Lebenshaltung der
Arbeiter wieder ankurbeln will. Die Papenregierung möchte das
und die Unternehmer sagen natürlich nicht: Nein! Man glaubt die
Arbeitermassen durch die Not, durch den Wirrwarr, durch die Un-
eignigkeit schlapp genug, um ihnen zu zeigen, was „Herr“ früher
bedeutet hat und wie er dem Knechte den Brotkorb recht hoch hin-
hielt. Dagegen hilft nur O r g a n i s i e r e n u n d A g i t i e r e n.

Lohn und Arbeitszeit, Gesetz und Recht soll nach Ansicht der heu-
tigen Machthaber und ihrem Heerband wieder so werden wie unter
unseren Vätern und Großvätern. Diese haben schwer darunter ge-
litten, aber auch scharf und zähe mit Erfolg dagegen angekämpft
in den Gewerkschaften. Das geschah alles außerparlamentarisch, er-
folgte aber im Gleichschritt, also im Takt in einheitlicher Linie unter
der Devise: O r g a n i s i e r e n u n d A g i t i e r e n. Die Früchte
dieses zähen Kampfes hat die jetzige Generation genossen; ja, ge-
nosser, als die Wirtschaftskrise noch nicht vorhanden. Und nun,
wo die Krise diese Früchte teilweise zum Verderben gebracht hat,
und die noch guten von der Reaktion mit ihren Hilfstruppen der
Lüge und Demagogie, auch zum Verderben gebracht werden sollen,
ist es für die Arbeiterschaft dringendstes Gebot,
sich der alten Parole unserer Vorkämpfer: O r g a n i s i e r e n u n d A g i t i e r e n!

Rundschau

Nazi wollen SPD erobern! Der „Westdeutsche Beobachter“ bringt in Nr. 177 vom 9. August 1932 eine außerordentlich bemerkenswerte Wahlbetrachtung von Wolfgang Ernst, der unter dem Titel „Auseinandersetzung mit dem Marxismus“ zunächst einmal zugeben muß, daß den Nationalsozialisten ein nennenswerter Einbruch in die Reihen des Proletariats bisher nicht gelungen ist. Im Gegensatz zu den großwahnsinnigen Siegesbotschaften anderer Naziführer spricht er nur von einem „führenden Boden“, der den Nazis abgewonnen wurde, um dann gleich fortzufahren:

„Aber wenn dem Feind die vordersten Gräben abgenommen werden, sind die Positionen noch nicht wesentlich erschüttert. Wenn die Front des Gegners zurückgedrückt wird, ist sie noch lange nicht durchbrochen. Jetzt stehen wir vor der ungleich viel schwierigeren Auseinandersetzung mit dem Marxismus. Zwei Gruppen bilden die marxistische Front, eine lose zusammengewürfelte, von keiner mitreisenden Idee getragene, künstlich aufgeschwemmte Masse, die SPD, und die in ihrer Struktur wesentlich fester gefügte, gut fundierte Gruppe, die KPD. — Ein Eindringen in die Reihen der Sozialdemokratie ist schwer. Das Hauptfundament der SPD bilden die freien Gewerkschaften, die mit vier Millionen organisierten gereiften Arbeitern eine ungeheuer feste Stütze abgeben. Die KPD ist dagegen durch politische Konjunktur hochgeschwemmt. Einen kommunistischen Arbeiter zu überzeugen und in die große Armee der deutschen Zukunft einzugliedern, ist leichter, als einen Sozialdemokraten wieder seinem Vaterlande zurückzugewinnen. Hier beginnt das gewaltige Aufgabengebiet der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation.“

Das ist mehr als deutsch. Die Nazis wollen nun das erste, was das Zentralkomitee der KPD mit seinen unklaren Scheringerparaphrasen in den Köpfen der kommunistischen Anhänger gefäht hat. Das nationalsozialistische Eingeständnis, daß von den beiden proletarischen Parteien nicht die KPD, sondern die SPD der feste, unüberwindliche Block ist, mag aber manchem Arbeiter, der radikales Kraftmeiertum für Stärke hielt, zeigen, wo eigentlich sein Platz ist: In den Reihen der freien Gewerkschaften und in der SPD.

„Wehrpflicht der Arbeit“. Die nationalsozialistische „Heißige Landeszeitung“ bringt in Nr. 210 vom 7. August 1932 unter der Ueberschrift „Wehrpflicht der Arbeit“ einen Leitartikel über den Arbeitsdienst, der einige recht bezeichnende Eingeständnisse enthält. Es heißt dort zunächst:

„Aus dem Arbeitsdienst könnte, und wir wollen es ganz offen sagen, muß die allgemeine Wehrpflicht der Arbeit werden.“

Darauf kommt es also den Herren Nazis an und nicht auf die Arbeitsbeschaffung und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Daß dies auf dem Wege der Arbeitsdienstpflicht nicht möglich ist, wird an gleicher Stelle mit erfreulicher Offenheit eingestanden. Es heißt wenige Zeilen später:

„Die Arbeitsdienstpflicht kann den Arbeitsmarkt etwas entlasten, aber sie kann die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen.“

Der Rundfunkkommissar Scholz ist von einer politischen Wendigkeit ohnegleichen. Er hat jederzeit zwei Eisen im Feuer. Der Streikmann-Republikaner wurde von dem deutschnationalen Reichsinnenminister von Reudell nicht befördert, sondern mußte auf die Objektivität des Sozialdemokraten Severing warten, um vom Oberregierungsrat zum Ministerialrat und Vorsitzenden des politischen Ueberwachungsausschusses befördert zu werden. Herr Scholz trat bald aus der Volkspartei aus und ging zu den Deutschnationalen. Auch aus dieser Partei schied er rechtzeitig aus, um sich den Nationalsozialisten anzuschließen und so Rundfunkdiktator zu werden. Herr Scholz scheint sich aber zwischen zwei Stühlen gesetzt zu haben: Seine Nazi-Partei Freunde sind nicht zufrieden mit ihm und seiner Rundfunkarbeit und behandeln ihn als Außenseiter. Ausführlich wird hierüber und über sämtliche anderen politischen Rundfunkfragen im neuen Heft des „Volksfunks“ berichtet. Der Intendant des Südfunks, Dr. Hofinger, hat einen ausgezeichneten Artikel über das „Muffköbchen im Rundfunk“ beigetragen. Ein Querschnitt durch die Funkpresse zeigt die Stellungnahme der bürgerlichen, sogenannten unpolitischen Zeitungen zu den aktuellen Radio-Fragen. Vorschau, Rückschau, Einführungen, Photos und wichtige Zeichnungen begleiten das ausführliche Europa-Programm. Der Baktler wird über Unbrenn-Batterien, Röhrenprüfung, Antenne und Erde unterrichtet. Multistrierte Artikel über die Zellstadt, über das Sprichwort „Es ist noch kein Meister vom Himmel gefallen“, über Morgen- und Hausanzüge werden jeden ebenso interessieren, wie der Roman. — Der „Volksfunk“ kann bei jeder Postanstalt für monatlich 96 Pfennig frei Haus, wie auch bei jeder Postanstalt bestellt werden. Kostenlose Probehefte fordert man vom Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68.

fieren und Agitieren, wieder ernstlich zu erinnern und auch in die Tat umzusetzen.

Kein Kollege, kein Arbeitsmann dürfte unter den heutigen Umständen als gewerkschaftlich indifferent herumlaufen; denn alles, was sich seit etwa zwei Monaten anbahnt zur maßlosen Unterdrückung des Arbeitsvolkes unter dem Vorzeichen, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, richtet sich in der Hauptsache nur gegen die Arbeiter und ihre erkämpften Rechte. Folgedessen muß die Parole unserer Vorkämpfer, denen wir wirklich sehr, sehr viel zu verdanken haben, wieder bei allen unseren Handlungen im Vordergrund stehen. Unsere momentane Schwäche, hervorgerufen durch die Krise und durch die Uneinigkeit, wird nur überwunden durch gewerkschaftliches

Organisieren und Agitieren.

Anliegen der Zwietracht

Es ist war Gemeinsamkeit das herrliche Symbol Des wahren, reinen, brüderlichen Menschentums. Dann warfen Meid und Habgucht, bläß und höhl, Gepeitscht von Träumen blutigen Ruhms, Der Zwietracht Fadel in das feusche Angeficht Der Menschheit. Kraftnaturen forderten Verzicht Der breiten Masse auf der Gleichheit ewig Recht. „Wir sind die Herren, ihr seid Knecht! Seid untertänig! Hier gib's keine Wahl! Für uns der Segen, euch der Arbeit Qual!“

Die Feigen duckten. Mutige wehrten sich. Doch warf bewehrte Faust sie wüchtig nieder. Des reinen Menschentums goldner Schein verblüht Und nimmer sah man seine Strahlentrone wieder. Zu Herren wurden jene, die da siegten, Sie schwebelten und die armen Sklaven pflügten...

Es war die Zwietracht, die Gewalt den Sieg verlieh. Man führte Knechte gegen Menschenrechte. Wenn alle eines Sinnes wäre nie Der Mensch herabgewürdigt zu des Menschen Knechte. Nie würde es brutaler Faust gelingen, Die Menschen in das Sklavenjoch zu zwingen, Wenn Freiheitsfinn und feste Einigkeit Sie führten. Merkt es: In dem heiligen Streit In euer Menschenrecht könnt ihr nur siegen In Einigkeit! Sonst müßt ihr unterliegen! Die Zwietracht ist der Menschen schlimmster Feind! Zerplittert seid ihr Sklaven, frei, wenn ihr euch eint!

Es gibt nur eins: Arbeitszeitverkürzung und Lohnaufbesserung!

Unübersehbar ist die Zahl der Projekte, die der Ueberwindung der Wirtschaftskrise gewidmet sind. Die meisten sind vollständig wertlos und verraten die Neigung, diese Krise als nie wiederkehrende Gelegenheit zur Stabilisierung der Reaktion zu benutzen. Die Vorschläge der Gewerkschaften, die unseres Erachtens die einzig richtigen sind, werden von sich gescheid dünkenden Leuten als undiskutabel beiseite geschoben. Dennoch erhalten sie immer mehr Verantwortung. Der Stuttgarter Industrielle Robert Bosch hat kürzlich ein wichtiges Bekenntnis zu den gewerkschaftlichen Forderungen, Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne, abgegeben. Jetzt läßt sich der Generaldirektor der Fiat-Werke in Italien, Giovanni Agnelli, gleichermäßen aus.

Der italienische Industrielle nennt die Arbeitslosigkeit eine eiternde Wunde der Gegenwart. Die Bekämpfung und Ueberwindung der Arbeitslosigkeit sei das dringendste Gebot. Nach Agnelli gibt es nur einen Weg zu diesem Ziel: Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Heraushebung der Löhne. „Will man der Arbeitslosigkeit“, so heißt es in der von ihm herausgegebenen kleinen Schrift „Gedanken zur Krise“, „energisch entgegenzutreten, so muß diese Maßnahme organisch angelegt sein und bis auf die Wurzel des Übels vordringen. Geht man von einem durchschnittlichen Tageslohn von nur einem Dollar aus, so stellen die 25 Millionen Arbeitslosen der Welt einen Rückgang der in den Wirtschaftsumlauf einfließenden Löhne um etwa 7 1/2 Milliarden Dollar jährlich dar, und um diese Summe müßte man die verringerten Löhne erhöhen, welche die noch beschäftigten Arbeiter heute empfangen.“ Nach diesen unerschrockenen, aber durchaus richtigen Vorschlägen behandelt Agnelli die Zunahme der Produktionsfähigkeit durch den technischen Fortschritt. Die Verkürzung der Arbeitszeit müßte ihr unmittelbar folgen.

Ganz besonders aufschlußreich ist die Beantwortung der Frage: Wie können wir zu einer tatsächlichen Stärkung der Kaufkraft gelangen? Die Herstellungskosten der Produkte und ihr Verkaufspreis brauchen keineswegs in demselben Maß hinaufzugehen als die Löhne. Einleuchtend sei folgendes Beispiel: „Stellen wir uns eine Arbeitermasse von rund 100 Millionen Personen vor (dies ist die Zahl, welche die Statistik für die Industrieländer der Welt schätzungsweise annimmt), von denen 25 Millionen arbeitslos wären! Um diesen 25 Millionen Personen Arbeit zu beschaffen, müßten wir die geltende Arbeitszeit um 33 v. H. verkürzen, so daß mit 100 Millionen Arbeitnehmern derselbe Endeffekt erzielt würde, wie augenblicklich mit nur 75 Millionen. Wir müßten also von 48 Stunden auf 36 Stunden heruntergehen und für 36 Stunden den gleichen Wochenlohn bezahlen wie bisher für 48 Stunden, mit andern Worten, den Stundenlohn um 33 v. H. hinaufsetzen. Halten wir an einem durchschnittlichen Tageslohn von einem Dollar fest, so ergibt sich eine zusätzliche Aufwendung von täglich 25 Millionen Dollar. Um diese Summe würde nun die Kaufkraft von Tag zu Tag tatsächlich zunehmen und nach Ablauf eines Jahres wäre sie so weit gestärkt, daß die Wirtschaft wieder einigermaßen in Gang kommen könnte.“

Agnelli erörtert weiter überzeugend, wie günstig eine solche Stärkung der Kaufkraft auf die Belegung aller Teile einwirken würde. Selbstverständlich müßte die Verkürzung der Arbeitszeit und die entsprechende Heraushebung der Löhne auf internationaler Grundlage erfolgen, wobei nicht ausgeschlossen zu werden brauche, daß ein wirtschaftlich stärkerer Staat mit aufnahmefähigem Binnenmarkt den gleichen Weg, ohne Rücksicht auf das Ausland, einschlagen kann. — Die Gewerkschaften können mit einer gewissen Befriedigung davon Notiz nehmen, daß sogar erfolgreiche Industrielle heute Gedanken vertreten, die die Gewerkschaften seit jeher als richtig erkannt haben. Eine Wirtschaftskrise, deren Ursache Warenüberschuß ist, kann in der Tat nur überwunden werden, wenn den Menschen die Fähigkeit gegeben wird, diese im Ueberfluß vorhandenen Waren zu verzehren. Das wollen die Gewerkschaften und mit ihnen alle einsichtigen Personen.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Verjammungen:

- Sonnabend, 10. September.
- In **Reichenbach** i. Culengeb. um 20 Uhr bei Becker.
- In **Stettin** um 9 Uhr, Steinsekersektion, bei Bartel, Barnimstraße, Ecke Pionierstraße. Sehr wichtige Versammlung.

Gesperzt:

- Nach **Stade** muß Zugang von Steinmehrn und Marmorarbeitern unterbleiben.
- Meißen-Riesenstein.** Der Streik im Granitsteinbruch der Firma Karl Hirschnick dauert fort. Brecher und Bossierer meiden deshalb die Firma.
- In **Weißenfels** die „Wertstätten für Friedhofskunst“, Otto Schlehner, Inh. Otto Sack, wegen Nichtbezahlens des Tariflohnes.
- Osnabrück.** Die Firma Heilmann u. a. Brassard, Marmorwerk, hat ihre Belegschaft ausgesperzt.

Der Reichsarbeitsvertrag für Marmor und Grabmal allgemeinverbindlich erklärt. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers lautet:

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzblatt 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Verband Deutscher Marmorindustrien e. V. (Verdema), Berlin; Reichsbund des Steinmehrs- und Steinbildhauergewerbes e. V., Sitz Berlin;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Sitz Leipzig; Berufsverband der Deutschen Steinarbeiter, Sitz Berlin; Gewerkschaft der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter, Sitz Berlin;
 - II. Tag des Abchlusses: 21. Mai 1932, Reichsarbeitsvertrag.
 - III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in Betrieben der marmorverarbeitenden Industrie ohne eigene Vollgatterei, die sich ausschließlich mit der Weiterverarbeitung befassen, sowie in Betrieben des Steinmehrs- und Steinbildhauergewerbes (Grabmalbetriebe).
 - IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.
 - V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 9 (Schlichtungsverfahren) des Tarifvertrages.
 - VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. August 1932.
 - VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.
- Die allgemeine Verbindlichkeit des Reichsarbeitsvertrages vom 24. Februar 1928 hat geendet.“

Wir warnen alle Kollegen, bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachzufragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erkundigung eingeholt werden.

Berlin. Auszahlung der Invalidenunterstützung am Freitag, 16. September, von 10—13 und 15—18 Uhr.

Zerbst und Reichenbach (Vogtl.) zahlen keine örtliche Reiseunterstützung mehr.

Im allgemeinen wird von unsern örtlichen Kassierern geklagt über rohes und unverschämtes Auftreten einiger durchreisender Kollegen, wenn sie vernehmen, daß am Ort wegen Geldmangel die Unterstützung ausfällt. Gegen solches Benehmen gibt es Mittel!

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Das angeblich verlorene Mitgliedsbuch des auf Veranlassung der Zahlstelle **Altensburg i. Thür.** ausgeschlossenen Steinsekers Fritz **Assmann**, Buch Nr. 25 107, wird hiermit für ungültig erklärt.

Adressenänderungen

- 9. Gau: **Oberkleen** (Wehlar-Land). Vorj. u. Kass.: Wilhelm Krämer, Hauptstraße 60.
- 11. Gau: **Berden**. Kass.: Adolf Junke, Pulverschuppen 28. — Postf. Vorj.: Richard Schütt, Lohmühlenweg 17.

Briefkasten

M. W. Für die Kinder besteht in dem angegebenen Falle keine gesetzliche Verpflichtung. Eine moralische könnte jedoch von den Ursachen der notariischen Verpflichtung evtl. hergeleitet werden. Eine Verpflichtung der Kinder als Erben kann evtl. auch auf Grund nennenswerter Erbmasse vom Vater testamentarisch festgelegt werden. Trifft das alles nicht zu, dann erlischt mit dem Tode des Vaters auch seine notariisch gemachte Verpflichtung.

Merged. Vielleicht; also nicht ganz gewiß. — Am Tage nach der Kanzlerrede in Münster erlebte die Berliner Börse eine Hausse-Bewegung wie seit Jahren nicht. Publikum und Ausland wetteiferten an den Aktienmärkten. Der großen Nachfrage stand ein kleines Angebot gegenüber. Die Börse hofft, daß es der Regierung gelingt, eine Wirtschaftswende herbeizuführen.

Rheinland. Uns wurde auch nur durch eine Presstenotiz bekannt, daß im Bereiche des Landesarbeitsamts Rheinland Ende Juli 16 000 Jugendliche im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt wurden. Nach Art der durchgeführten Arbeiten wurden etwa 40 v. H. Arbeitsdienstwillige bei Maßnahmen zur Hebung der Volksgesundheit, je 25 v. H. zur Herrichtung von Siedlungs- und Kleingartenland sowie zur Bodenverbesserung und etwa 10 v. H. bei Maßnahmen zur Verkehrsverbesserung beschäftigt.

Neue Bücher und Zeitschriften

Der neu erschienene Roman „Die Bodoga“, in Leinen gebunden 2,70 Mark für die Mitglieder der Buchergilde Gutenberg, amiet einen unerschöpflichen Stoff gegen die herrschende Gesellschaft, in diesem Falle gegen die mächtigen Landbesitzer und die Herren der Weinberge und die ihnen beiführende katholische Kirche. In mit ausdauernder Darstellung erzählt Jbanes die Begeben der in entsetzlicher Not, zusammengepreßten Saisonarbeiter auf dem Weinbergen und in den Langgütern und die nach Mehrwert und politischer Geltung bangenden Untertöner und Grundbesitzer. Diese Darstellungen, in denen Jbanes wieder einmal beweist, daß er ein realistischer Erzähler von hohem Grade ist, sind gruppiert um das Schicksal einiger Menschen, die typisch sind für die sozialen Schichten, denen der Autor in diesem Buch einen Platz gegeben hat.

Die Neuerziehung gewinnt besonders dadurch an Wert, daß die junge spanische Republik gerade jetzt vor die bringende Aufgabe gestellt ist, die alte Forderung der Proletariat nach Land und Freiheit zu erfüllen. Der Grund und Boden in Spanien ist in den Händen weniger Privilegierter, die kein Interesse daran haben, aus dem Land so viel herauszuwirtschaften, daß es zu einem allgemeinen Wohlstand reift. Der fruchtbare Boden verrottet, weil es an Berieselungsanlagen fehlt und weil die Grundbesitzer eher der Kirche reiche Stiftungen machen, als ihren Arbeitern durch bessere Entlohnung und Berieselung Anlaß zu geben, sich der Bearbeitung des Bodens zu widmen. Der Schrei nach sozialer Gerechtigkeit, der durch den ganzen Roman „Die Bodoga“ erklingt, wird nicht eher verstummen, als bis die spanische Republik ihn erfüllt und damit ihre Existenz gesichert hat.

Junge Frau von 1914. Arnold Zweig, dessen großer Roman „Der Streit um den Berganten Grisha“ als eines der besten Bücher der Kriegszeit bezeichnet wurde, hat die Absicht, einen Romanzyklus zu schreiben, von dem der „Grisha“ nur ein Teil sein soll. Jetzt ist das zweite Buch dieses Zyklus „Junge Frau von 1914“, in Leinen, sorgfältig ausgestattet, Preis 2,70 Mark, bei der Buchergilde Gutenberg, die bereits den „Grisha“ in einer Nebenabgabe für ihre Mitglieder herausgebracht hat, erschienen. Der neue Roman ist wie der „Grisha“ in sich abgeschlossen und hat zu dem früher erschienenen Buch keine anderen Beziehungen als die gleiche Zeit der Ereignisse, das Hinterland der Fronten und einige Figuren. Der Soldat Berlin, im „Grisha“ eine Nebenfigur, rückt hier zu einer tragenden Romangestalt auf. Er ist der Geliebte und später der Gatte dieses jungen Mädchens, dieser späteren „Jungen Frau von 1914“, deren Schicksal Arnold Zweig so darstellend wollte, daß dieses eine Schicksal das Dasein einer ganzen Generation enthält.

Der Krieg donnert in diesem Buch nur in der Ferne. Der Dichter hat die Heimat und die Etappe während dieses Krieges in seinem Buche eingefangen. Seine darstellenden Mittel und seine Sprache sind von höchster Kultur und Feinheit. Das ist wieder einmal ein Buch, das ausgereift ist in jahrelanger Arbeit und das deshalb in unserer Zeit der schnell hingehauchten Manuskripte auffallen muß. Die große Liebe, die der Dichter allen Figuren seines Romans entgegenbringt, ob sie ihm naheleben oder ob er sie im Interesse seiner Hauptpersonen bekämpfen muß, diese ist es, die auch dem neuen Buch von Arnold Zweig zu einem Erfolg verhelfen wird.

Der „Wahre Jacob“ ist wieder da! Nach vierwöchiger Verbotsdauer ist nunmehr der „Wahre Jacob“, das alte Blättchen der Arbeiterklasse, wieder erschienen. Die neueste Nummer erscheint als Sonderausgabe unter dem Titel: „Wie der in Freiheit!“ In der alten frohen und unbesümmerten Weise, ohne irgendwelche Zeichen von Reue, wird zu dem Verbot selbst Stellung genommen, mit Entwürfen und Streubildern wird nicht nur dieses, sondern die gesamte Reaktion satiriert.

Köstlich ist das Titelbild, das den „Wahren Jacob“ als Zeichenstift darstellt, wie er aus der Verbotshölle entlassen wird. Diese Nummer ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse der Arbeiterklasse dann am stärksten ist, wenn die Gefahr drohend wird. „Unerschütterlich steht“ dieser alte wahre Jacob in allen Arbeiterausgaben dadurch vermittelst, daß der „Wahre Jacob“ abonniert wird. Das Heft kostet 15 Pfennig.

Anzeigen

Schonwieder Preisabbau

In Fahrradersatzteilen! Decken 1,- Mk.
Schläuche 0,50, Rücklichte 0,25 Mk.
Verlangt Katalog!

LINDCAR-FAHRRADWERK AG.

Gewerkschaftsunternehmen
Berlin-Lichtenrade

Geforben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- Sproitz.** Am 1. August der Brecher Wilhelm Mielsch, 42 Jahre alt, tödlicher Betriebsunfall.
- Dornreichenbach.** Am 8. August der Brecher Wilhelm Brummer, 63 Jahre alt, tödlicher Betriebsunfall. (Der betreffende Kollege war 2 Jahre arbeitslos, nachdem er wieder Arbeit bekommen hatte, erschlug ihn am dritten Arbeitstage ein vom Felsen sich lösender Steinbrocken.)
- Löbau.** Am 14. August der Schleifer August Jähriß, 64 Jahre alt, 12 Monate krank, Nervenleiden.
- Striegau.** Am 18. August der Brecher Wilhelm Nissel, 27 Jahre alt, 10 Tage krank, Blutvergiftung.
- Arnsdorf, O.-L.** Am 19. August der Granitsteinmetz Paul Arlt, 59 Jahre alt, Blasenleiden.
- Niederlamitz.** Am 25. August der Schleifer Johann Schörner, 70 Jahre alt, 9 Monate krank, magenkrank.
- Pirna.** Am 25. August der Brecher Jul. Rich. Vetter, 56 Jahre alt, 2 Jahre krank, Staublung.
- Bielefeld.** Am 26. August der Steinschleifer David Lehnert, 55 Jahre alt, 2 Tage krank, Blutvergiftung.
- Kamenz.** Am 26. August der Hilfsarbeiter Herm. Max, 57 Jahre alt, Schlaganfall.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold, Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.